

Personalausgaben der Stadt Nidau wachsen ungebremst weiter

Die Stadt Nidau konnte in den vergangenen Jahren relativ grosse Jahresgewinne verbuchen. Das Eigenkapital ist unterdessen auf über 12.8 Millionen Franken angewachsen. Die Bruttoschuldenquote ist gegenüber dem Vorjahr wegen dem Kauf der Alpha-Liegenschaften von 41% auf über 60% angestiegen.

Eine bürgerliche Mehrheit hat sich vor etwas über einem Jahr durchgesetzt und die Gemeindesteuern moderat von 1.8 auf 1.7 Einheiten gesenkt - sogar mit der Zustimmung von einigen Linken. Es ist klar, dass eine volle Gemeindekasse Begehlichkeiten bei den politischen Vertretern weckt. Die beschlossene Steuersenkung wirkt somit auch vorbeugend und selbstdisziplinierend: Der Stadt Nidau stehen ab sofort jährlich rund 800'000 CHF weniger zur Verfügung, was die künftigen Jahresgewinne und damit auch die politischen Begehlichkeiten reduziert.

Die SVP Nidau hat in den Finanzdebatten immer die Haltung vertreten, dass eine solche Steuersenkung gerechtfertigt und verkraftbar ist, sofern die Ausgaben nicht immer weiter anwachsen.

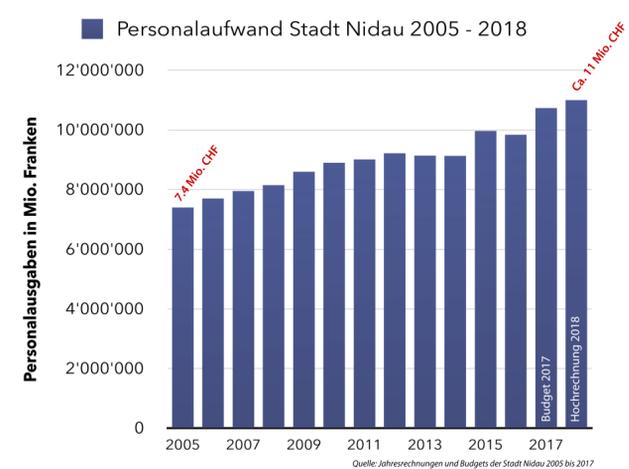
Von der neuen finanziellen Situation völlig unbeeindruckt, setzte eine Mehrheit im Nidauer Gemeinde- und Stadtrat die ausgabenfreundige Politik aber fort. Es wurden in den letzten Jahren entgegen dem Willen der SVP unzählige zusätzliche Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen, die sich nun allmählich auch in den Jahresrechnungen niederschlagen.

Betrugen die Personalausgaben der Stadt Nidau im Jahr 2005 noch rund 7.4 Millionen Franken, so sind diese bis 2011 auf über 9 Millionen Franken angewachsen. Unterdessen muss man davon ausgehen, dass für das kommende Jahr die Personalausgaben sogar die 11 Millionen-Marke überschreiten werden (siehe Grafik oben).

Was in der Privatwirtschaft völlig üblich ist, nämlich dass man zuerst alle Hebel in Bewegung setzt, um die neuen Stellen zumindest intern zu kompensieren (zum Beispiel mit Pensionierungen), scheint in Nidau ein Ding der Unmöglichkeit zu sein - Dies bei nota bene 180 Angestellten.



Leander Gabathuler
Stadtrat/Fraktionspräsident
Geschäftsprüfungskommission
Vizepräsident SVP Nidau



Und so ist es nicht erstaunlich, dass die ohnehin ausgabenfreundigen Linken zusammen mit Vertretern der Mitteparteien Mehrheiten für die Schaffung von neuen Stellen gefunden haben. Die Stadtratsbeschlüsse waren manchmal knapp, manchmal stand die SVP aber auch alleine da.

So bewilligte der Stadtrat alleine in den vergangenen Jahren beispielsweise neue Stellen für einen Stadtplaner (150'000 CHF), für die Schulsozialarbeit (160'000 CHF), für eine Integrationsbeauftragte (50'000 CHF), für die AHV-Zweigstelle (20'000 CHF), für einen Leiter Bau und Planung (144'000 CHF) sowie für einen Leiter Tiefbau und Umwelt (144'000 CHF) und für eine neue Stabsstelle Personaldienst (50'000 CHF).

Unter dem Strich sind dies über 700'000 CHF „freiwillige“ Zusatzausgaben im Personalbereich, welche die Stadt Nidau in den letzten Jahren bewilligt hat. Hinzu kommen weitere Ausgaben, die über den kantonalen Lastenausgleich ausgeglichen werden.

Die Kritik der SVP gegenüber den masslos ansteigenden Personalausgaben zielt nicht auf die Mitarbeiter der Verwaltung, die ihren Job grösstenteils sehr engagiert und kompetent erledigen.

Viel eher handelt es sich hier um ein politisches Führungsproblem. Bis weit in die bürgerlichen Reihen und insbesondere im Gemeinderat sitzt der Geldbeutel ausgesprochen locker, wenn es darum geht, viel Geld für neue Stellen zu sprechen. Es fehlt ein gewisses unternehmerisches Denken.

Längerfristig weniger einnehmen, aber immer mehr ausgeben; man muss kein Finanzgenie sein, um zu erkennen, dass eine solche Finanzpolitik nicht mehr lange gut gehen kann.

Auch in Nidau wäre man gut beraten, auf der Ausgabenseite mit mehr Zurückhaltung zu agieren. Es geht auch nicht darum, nun hyperaktiv einschneidende Sparprogramme zu lancieren - einfach nicht mehr ausgeben, als bisher, dies würde bereits genügen. Die SVP wird sich auf jeden Fall weiterhin konsequent für einen schlanken Staat und für eine zurückhaltende Ausgabenpolitik einsetzen.

Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Nidau schliesst erneut positiv ab. Der Gewinn fällt mit rund 873'000 CHF aber tiefer aus, als in den vorherigen Jahren.

Erstmals hatte die beschlossene Steuersenkung Auswirkungen auf die Jahresrechnung der Stadt Nidau. Dennoch fiel der Steuerertrag rund 900'000 CHF höher aus, als budgetiert.

Dies zeigt, dass die Steuersenkung richtig war. Die Stadt Nidau schreibt weiterhin Gewinne, die Nidauer Politiker haben aber einen kleineren Handlungsspielraum. Eine weitere Aufblähung der Verwaltung und Forderungen für neue, überbeuerte Prestige-Projekte werden damit erschwert.

AGGLOlac - An den Anliegen der Bevölkerung vorbei geplant



Die SVP Nidau begleitet das Grossprojekt „AGGLOlac“ seit Jahren kritisch und konstruktiv. Dass auf dem Brachland des ehemaligen Expo02-Areal endlich ein Projekt realisiert wird, erfreut grundsätzlich. Auch positiv ist, dass mit der Mobimo AG ein erfahrener Investor gefunden werden konnte.

Weniger erfreulich ist hingegen die Planung des konkret ausgearbeiteten Projekts. Kurz zusammengefasst haben die bürgerfernen Planer und Experten an den Anliegen der Bevölkerung vorbei geplant.

Zwar wurde dem Anschein zu liebe ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Zentrale Anliegen von Direktbetroffenen, Parteien und Verbänden wurden aber nicht aufgenommen. Der Bevölkerung wird mit teuren Ausstellungen und Visualisierungen weiterhin Sand in die Augen gestreut.

So wird im neusten AGGLOlac-Werbevideo peinlichst darauf geachtet, auf keinen Fall die bis zu 9 stöckigen Häuserschluchten zu zeigen oder die wahren Dimensionen der geplanten Hochhäuser von nahe abzubilden. Es werden sogar völlig unrealistische Parklandschaften mit über 30 Meter hohen Bäumen zwischen den Häusern erschaffen, die in der Realität so nie existieren werden.

Dass die Verantwortlichen bei einer Infoveranstaltung davon schwärmten „dass alle Zeichen auf grün stehen“, zeugt ebenfalls nicht von besonders viel Transparenz. Die erneute Verschönerung der Abstimmungen in Biel und Nidau - ursprünglich waren sie vor drei Jahren geplant - hat gute Gründe. Im Hintergrund rumort es.

Mit wichtigen Direktbetroffenen, wie beispielsweise den Tennisclubs (mit rund 450 Mitgliedern zusammen mitgliederstärkster Verein in Nidau) oder dem Lago Lodge (mit tausenden Kunden ist das Mobilisierungspotential ebenfalls gewaltig) oder etwa den Anwohnern (viele werden gegen die geplanten Hochhäuser mit allen Mitteln opponieren) wurden nach wie vor keine Einigung gefunden. Anstatt diese und weitere Akteure von Beginn weg mit ins Boot zu holen, hat man sie vor fertige Tatsachen gestellt und ihre Eingaben schlicht ignoriert.

Unterdessen hat sich übrigens auch der Denkmalschutz in die Debatte eingeschaltet - ob er die völlig überrissenen Behördenpläne gutheissen wird, ist fraglich.

AGGLOlac - Verfehler Gigantismus
Die Hochhäuser vor dem Wohnquartier sind exemplarisch für den verfehlten AGGLOlac-Gigantismus. Die völlig überrissenen Dimensionen, ganz im Stil der „Weidteilen-Hochhäuser“, sind am Modell (Bild links) gut erkennbar. Wollen wir das wirklich?

Nidau ist bereits heute mit rund 7'000 Einwohner auf 1.5 Quadratkilometer eine der am dichtesten überbauten Gemeinden der Schweiz! Und nun soll mit AGGLOlac auch noch unser Seeufer mit 124'000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche zubetoniert werden, was vor allem die Interessen des Milliarden-Investors Mobimo bedient, nicht aber jene der Bevölkerung!

Als wäre dies für die Planer noch nicht Grund genug, um endlich auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt zu werden, wurden auch fast alle Eingaben von Parteien und Verbänden ignoriert. Nicht nur bei der SVP herrscht ein weit verbreiteter Misstrauen über die Arroganz der Planer, auch links der Mitte schüttelt man den Kopf.

Die SVP Nidau hat beispielsweise wiederholt kritisiert, dass die Finanzierung des Projekts auf wackeligen Beinen steht. Zwar wurde unterdessen (wie von der SVP gefordert) ein Kostendach für die Archäologie gesprochen (bei 28 Millionen Franken!). Allerdings gibt es kein Kostendach für Altastensanierungen, Mehrkosten gehen zu Lasten der Gemeinden. An einer Stadtratsitzung war uns die Nidauer Stadtpräsidentin bei der Beantwortung meiner Interpellation zu diesem Thema vor, man solle gefälligst nicht solch polemische Fragen stellen. Spätestens seit diesem Abend läuten bei mir sämtliche Alarmglocken.

Auch die Kosten für die Schulraumerweiterung - durch AGGLOlac würde zusätzlicher Schulraum für rund 250 Kinder benötigt - ist sowohl in den AGGLOlac-Unterlagen, wie auch in der Schulraumplanung (siehe Artikel von Markus Baumann in dieser Ausgabe) nirgends aufgeführt. Schulraum für zusätzlich 250 Kinder zu erstellen würde bedeuten, eine Schulanlage in der Grössenordnung des Schulstandorts Balainen neu zu bauen! Die Kosten dafür dürften locker mehrere Dutzend Millionen Franken betragen.

Was die Planungen anbelangt, gewinnt man als AGGLOlac-Kommissionsmitglied und damit als enger Begleiter des Projekts den Eindruck, dass das Projekt den Verantwortlichen allmählich über den Kopf wächst. Doch anstelle die Probleme mit den Mitwirkenden und Direktbetroffenen konstruktiv zu lösen, ignoriert man diese weiterhin. Und noch schlimmer: Man gaukelt der Bevölkerung vor, alles sei in bester Ordnung.

Wieso, beispielsweise, muss man die für das Seeufer bereichernde und historische Tennisclubs zwingend vertreiben und für Millionen Franken Steuergelder an einem anderen Ort eine neue Anlage bauen? Wieso muss das in der Bevölkerung beliebte Lago abgerissen werden? Warum müssen die Hochhäuser ausgerechnet direkt an das Wohnquartier gebaut werden? Können die Wohnungen überhaupt zu den horrenden Preisen verkauft werden, auch wenn es für die Hälfte der Wohnungen keinen Parkplatz gibt? Entsteht in den angrenzenden Quartieren nicht ein Verkehrschaos?

Engagierte Stadträte wurden nun auf eigene Faust überparteilich aktiv. Im März wurde in Biel und Nidau gleichzeitig zwei Motionen eingereicht, welche sich dem Problem der Finanzierung annehmen: Vertreter von links bis rechts fordern, dass das Land an den Investor nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben wird. Damit würden die Städte - und damit auch die Bevölkerung - einerseits das strategische Mitbestimmungsrecht behalten.

Andererseits eröffnen sich damit neue Möglichkeiten zur Finanzierung. So wäre es denkbar, dass jährliche Baurechtszinsentnahmen verlangt werden könnten oder eine vorzeitige einmalige Entschädigung bezahlt wird und die Städte damit eine optimale Finanzierung für die Infrastrukturkosten (Fremd- oder Eigenfinanzierung) auswählen können. So oder so müssen die Planer diese Variante nun einmal durchrechnen, denn dies wurde bis anhin noch nicht einmal in Betracht gezogen.

Die Bevölkerung sollte sich allmählich die Frage stellen, was für ein Seeufer man will. Das völlig überdimensionierte Projekt scheint mir vor allem auf die Interessen des Investors ausgerichtet zu sein. Die Anliegen der Bevölkerung (ein Mix aus wohnen, arbeiten, Freiflächen und strukturierten Sport- und Kulturangeboten) scheinen auf der Strecke zu bleiben.

Das letzte Wort wird hier früher oder später so oder so das Volk haben. Bleiben die Projektverantwortlichen weiterhin stur, werden sie einen schweren Stand haben. Ich bin überzeugt: Zumindest wir Nidauer werden uns gegen diesen Grössenwahn zur Wehr setzen!

Ich zitiere an dieser Stelle jeweils gerne die Weisung der Cree: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“



Viktor Sauter
Stadtrat
AGGLOlac-Kommission
Vorstand SVP Nidau

Nidauer Ortsdurchfahrt - Eine unendliche Geschichte



Vor genau 40 Jahren, am 1. Mai 1977, trat ich in den Dienst der Einwohner-Gemeinde Nidau. Meine Aufgabe war die Gründung einer eigenen Gemeindepolizei. Bald darauf bestand unser Team aus drei Polizisten, alle von der Stadtpolizei Biel herkommend.

Schon zu dieser Zeit war die Ortsdurchfahrt in Nidau ein grosses Thema und eine Umfahrung war bereits geplant. Wir wussten schon bald, dass die Verwirklichung lange Zeit beanspruchen würde und sahen unsere Aufgabe in der allgemeinen Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Gestützt auf eine eigene erhobene Unfallstatistik, planten und verwirklichten wir über Jahre Verbesserungen über das gesamte Gemeindegebiet.

Verkehrschaos ist vorprogrammiert!

Das sagt die SVP Nidau zum Projekt:

- Nach Ansicht der SVP würde die **Verkehrssicherheit** nicht verbessert sondern **massiv verschlechtert**. Durch das „freie Queren“ der Strasse und die Aufhebung der Fussgängerstreifen sind neue Konfliktsituationen und Unfälle vorprogrammiert. Entweder man schafft im Stedtl eine Fussgängerzone mit Tempo 20 (was die SVP ablehnen würde) oder man belässt es beim bewährten Fussgängerstreifen-System. Eine Mischung beider Varianten mit unklarem Vortrittsrecht (wie dies geplant ist) wäre hingegen absolut unverantwortlich!
- Durch die Erhöhung des „Durchfahrtswiderstandes“ durch das Stedtl würden wohl einige Autofahrer auf die Dr. Schneider-Strasse (ein **Schulweg!**) oder eventuell sogar auf die Zihlstrasse (ein Quartiersträsschen!) ausweichen. An einer Infoveranstaltung wurden besorgte Bürger von den Planern mit dem abschätzigen Kommentar „das sei nicht das Thema dieser Planung“ abgehandelt. Wir sagen: So nicht!
- Die **Trennwirkung der Strasse** kann auch mit dem vorliegenden Projekt nicht reduziert werden. Solange 14'000 bis 19'000 Autos pro Tag durchs Stedtl fahren, wird die Trennwirkung bestehen bleiben.

So wurde der Durchgangsverkehr erheblich beruhigt. Speziell angebrachte Beleuchtungen über diesen Übergängen sorgten Nachts für zusätzliche Sicherheit. Da dieser Strassenabschnitt im Besitze der Gemeinde war, konnten wir uns gegen die Diktate von Seiten des Kantons immer wieder wehren. So wurden wir immer wieder aufgefordert, diesen Strassenabschnitt als Hauptstrasse zu signalisieren und den bestehenden Rechtsvortritt aufzuheben.

Jetzt befindet sich die Hauptstrasse im Besitze des Kantons und dieser plant die nun bekannten Veränderungen. Einwohnerinnen und Einwohner von Nidau, wehrt Euch gegen dieses Diktat und fordert den Stadtrat auf, Druck auf den Gemeinderat auszuüben, dass dieser beim Kanton vorstellig wird damit diese Verkehrsmassnahmen vorläufig aufs Eis gelegt werden und die Situation nach den Erfahrungen der Inbetriebnahme der Autobahn neu überdenkt werden.



Roland Rutishauser
SVP-Stadtratskandidat
Pensionierter Chef der Nidauer Gemeindepolizei

Nidauer Ortsdurchfahrt - SVP Nidau präsentiert alternative Massnahmen

Die SVP Nidau lehnt das vorgeschlagene Projekt zur Erneuerung der Nidauer Ortsdurchfahrt klar ab. Mit einfacheren und günstigeren Massnahmen liesse sich die Verkehrssicherheit im Stedtl aber dennoch verbessern. Diese hat die SVP Nidau auch in ihrer Mitwirkungs-Antwort der Nidauer Stadtverwaltung und dem Tiefbauamt des Kantons Bern mitgeteilt.



Vorgeschlagener Standort der beiden Kreisell

Neue Kreisell bei beiden Eingängen der Nidauer Altstadt
Durch die Erstellung zweier einfacher Kreisell (teilweise überfahrbar) vor dem Schloss sowie vor der Buswendeschlaufe liessen sich die Rechtsvortritte aufheben. Bei der Buswendeschlaufe bestehen bereits vier gegenüberstehende Rechtsvortritte, beim Schloss sind solche mit dem Projekt des Kantons geplant.

Für alle Verkehrsteilnehmer ist diese Situation aber unübersichtlich, gefährlich und es kommt relativ häufig zu Situationen, die den Verkehrsfluss aufhalten. Durch die Erstellung zweier Kreisell könnte das Problem behoben werden.



Beispielbild, Variante 1



Beispielbild, Variante 2

Velostreifen und Mittellinie im Stedtl
Anstelle die Fahrbahn im Stedtl zu verengen, schlägt die SVP Nidau vor, eine Mittellinie und Velostreifen zu erstellen. Diese Lösung bietet diverse Vorteile:

Ein Sicherheitsraum von einem Meter zwischen parkierten Fahrzeugen und Velofahrern könnte realisiert werden, ohne dass die Velofahrer wieder in die gefährliche Zone gedrängt werden.

Klare Signalisation der Platzverhältnisse: Ist das Überholen von Velofahrern möglich oder nicht möglich?

Eine rasche Realisierung ohne komplizierte Bau- und Genehmigungsverfahren zu deutlich tieferen Kosten wäre ebenfalls möglich.



Visualisierung Konzept SVP Nidau

1 Meter Sicherheitsabstand

Westast und Porttunnel abwarten!
Die SVP Nidau fordert, dass mit dem vom Kanton vorgestellten Projekt bis nach Inbetriebnahme des Westasts und insbesondere des Porttunnels zugewartet werden sollte. Solange keine Umfahrungsmöglichkeit besteht, macht es absolut keinen Sinn, die Verkehrssituation im Stedtl weiter zu verkomplizieren. Eine komplette Neugestaltung der Nidauer Ortsdurchfahrt kommt zum falschen Zeitpunkt.

Bushaltestellen auf andere Projekte abstimmen!
Die SVP Nidau fordert, dass die Aufhebung und der Neubau der Bushaltestellen ebenfalls aufgeschoben werden soll. Zuerst soll das neue Buskonzept 2020 umgesetzt werden. Zudem soll die Realisierung der Überbauung auf dem Moser-Areal sowie die Neugestaltung des Bahnhofgebiets abgewartet werden. Die Neuordnung der Bushaltestellen soll dann auf die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Auf Fahrbahnhaltestellen, die den ganzen Verkehr blockieren, ist zu verzichten.

IHRE MEINUNG ZÄHLT!

Was halten Sie von den Plänen der Behörden? Melden Sie Ihre Meinung der Gemeinde Nidau!

Lesen Sie zudem auf www.svp-nidau.ch die Stellungnahme der SVP Nidau in voller Länge.